



Rieser, Yvonne

Die Europäische Union im kolumbianischen Friedensprozess. Quo vadis Colombia?

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1/2017), 20-30.

doi: 10.7396/2017_1_B

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Rieser, Yvonne (2017). Die Europäische Union im kolumbianischen Friedensprozess. Quo vadis Colombia?, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 20-30, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2017_1_B.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2017

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 5/2017

Die Europäische Union im kolumbianischen Friedensprozess

Quo vadis Colombia?



YVONNE RIESER,
Rechtsanwältin.

Im Oktober 2016 wurde das kolumbianische Volk von der Regierung ersucht, das jahrelang verhandelte Friedensabkommen zwischen Regierung und FARC-Guerilla zu ratifizieren. Entgegen allen Prognosen ging die Abstimmung negativ aus. Vorerst stockt der Friedensprozess. Ein Nein zum Frieden? Das Land spaltet sich damit in zwei Lager, verweilt damit in einer gefährlichen Schwebeposition. Viele fragen sich vor Ort, ob das Nein zum Friedensvertrag zu erneuten Unruhen führt und die FARC wieder zu den Waffen greifen werden. Anfang 2016 gelang den Konfliktparteien ein zunächst einseitiger, danach zweiseitiger Waffenstillstand. Seitens der Europäischen Union wurde der Friedensprozess in allen seinen Phasen begleitet und unterstützt. Einer der Knackpunkte bei den Verhandlungen waren die Themen Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, zwei Punkte, die vielen Kolumbianern im finalen Text des Friedensvertrages zu kurz kamen. Zeitgleich wurde Präsident Santos in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen. Man darf gespannt sein, wie sich die politische Lage weiter entwickelt.

Im Herbst haben sich die Ereignisse in Kolumbien nahezu überschlagen. Nach vier Jahren Verhandlungen in Kuba und fünf Jahrzehnte andauerndem bewaffneten Konflikt gelang es der kolumbianischen Regierung endlich, ein Friedensabkommen mit den FARC-Rebellen zu schließen. Zur Ratifizierung wurde das kolumbianische Volk am 2. Oktober 2016 im Rahmen einer Volksabstimmung befragt, ob es dem Abkommen seine Zustimmung erteilt. Überraschenderweise gewannen bei der Auszählung am Sonntagabend die „No“-Stimmen mit knapper Mehrheit. Ein Nein zum Frieden? Während die Befürworter des Abkommens und die internationale Gemeinschaft das Wahlergebnis mit Schock entgegennahmen, beteuert das

Nein-Lager rund um Ex-Präsident Alvaro Uribe Velez, man habe nicht gegen den Frieden gestimmt, sondern gegen die weitreichenden Zusicherungen, welche die Regierung den FARC-Rebellen im 297-seitigen Abkommen erteilt hat. „Selbstverständlich“ hoffe man auf weitere Verhandlungen und einen verbesserten Vorschlag zur neuerlichen Abstimmung. Alle wollen also den Frieden, aber nicht in der derzeit möglichen Form.

Das Land spaltet sich damit in zwei Lager, verweilt damit in einer gefährlichen Schwebeposition. Viele fragen sich vor Ort, ob das Nein zum Friedensvertrag zu erneuten Unruhen führt und die FARC wieder zu den Waffen greifen werden. Die Führung der FARC um Rodrigo Lodoño

alias „Timochenko“ hingegen beteuert, sich weiterhin an den Verhandlungstisch setzen zu wollen. Ebenso überraschend kamen am darauffolgenden Freitag, dem 7. Oktober Nachrichten aus Oslo: Der Friedensnobelpreis 2016 ging trotz des negativen Abkommens der Abstimmung an den kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos für seine Verdienste im Friedensprozess zwischen Regierung und FARC-Rebellen. Das Komitee begründete seine Entscheidung damit, ein Zeichen setzen zu wollen, dass der kolumbianische Friedensprozess weitergehen müsse.

Die Konfliktparteien hatten sich Anfang 2016 auf einen von den Vereinten Nationen überwachten Waffenstillstand, zuerst einseitig, seit Ende August 2016 auch seitens der Regierung, geeinigt. Auch die Europäische Union hatte sich rege als Vermittler an den Verhandlungen beteiligt und Unterstützung für die Postkonflikt-Phase zugesagt. Größter Knackpunkt bei den Nachverhandlungen wird insbesondere eine politische Beteiligung der FARC sein, sowie die Verfolgung der seitens der FARC verübten Straftaten. Das Wort „Gerechtigkeit“ kam der knappen Mehrheit der Kolumbianer nämlich im aktuellen Vertragstext zu kurz. Das kolumbianische Verfassungsgericht ermöglichte Anfang Dezember 2016 dennoch die Anwendung des nach dem Referendum adaptierten Friedensvertrages – ohne Abhaltung eines erneuten Referendums.

1. HINTERGRUND DES BEWAFFNETEN KONFLIKTS

Der ideologische Ausgangspunkt des bewaffneten Konflikts in Kolumbien geht bis Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, als sich die kolumbianische Aristokratie, und ihr folgend die gesamte Bevölkerung, in zwei politische Lager, Liberale und Konservative teilte, deren Kampf um die politische Vorherrschaft immer wieder zu bewaff-

neten Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern beider Parteien führte. Der Konflikt gipfelte in „La Violencia“, einer Welle der Gewalt, in der Zeit von 1948 bis 1958. Ausgelöst wurde „La Violencia“ durch die Ermordung des äußerst populären liberalen Präsidentschaftskandidaten Jorge Eliécer Gaitán in Bogotá. Sein Tod führte in der Hauptstadt Bogotá zu schwersten Auseinandersetzungen, genannt „El Bogotazo“, die sich in Folge auf das ganze Land ausbreiteten. Nach Schätzungen kosteten sie rund 200.000 Kolumbianern das Leben.¹ Zur Beendigung dieses Konflikts und zur künftigen Vermeidung blutiger Auseinandersetzungen kamen Liberale und Konservative 1958 überein, das Amt des Präsidenten abwechselnd zu besetzen. Sie bildeten die großkoalitionäre Frente Nacional, ein liberal-konservatives Machtkartell. Die Frente Nacional schien damals eine vernünftige Lösung zu sein, mit Hilfe derer es gelang, die Gewalt tatsächlich auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Die Beruhigung der politischen Lage führte in den folgenden Dekaden zu einer beeindruckenden Industriemodernisierung, die Kolumbien wirtschaftlich zu einem der erfolgreichsten Gesellschaften Lateinamerikas aufsteigen ließ. Jedoch ließ das neue Machtkartell keinen Platz für Alternativen und neue politische Bewegungen. Mord an Kandidaten für politische Ämter und Wahlfälschung hinderten neue politische Akteure daran, am Regierungsgeschehen teilzunehmen. Besonders krasse Ausmaße nahm diese Ausgrenzung 1970 an, als die Bewegung des Exdiktators Rojas Pinilla um den Urnensieg betrogen wurde, was schließlich dazu führte, dass ihre frustrierten Anhänger die national-katholische M-19 Guerilla-Bewegung ins Leben riefen.² Bereits zuvor waren seit den 1960er Jahren auch in ländlichen Gegenden Guerillagruppierungen bäuerlichen Ursprungs entstanden, die sich zu-

nehmend gegen die liberal-konservative Elite aufbäumten.³

In den 1980er Jahren nahm zusätzlich der Drogenhandel von Kolumbien in die USA, anfangs mit Marihuana, später mit Kokain kontinuierlich zu und es folgte die Bildung erster Drogenkartelle. Da die Regierung in Bogota aus Sicht reicher Großgrundbesitzer in ländlichen Gegenden zu wenig gegen die bäuerliche Guerilla im Hinterland unternahm, die auch unter dem Einsatz von Waffen versuchte, den Großgrundbesitzern Land (wieder zurück) abzugewinnen, suchten sie im Laufe der 1980er Jahre nach Gleichgesinnten zu ihrer Verteidigung. Die anfangs informellen Allianzen bestanden aus Großgrundbesitzern, lokalen Sicherheitsorganen, Regionalpolitikern und Drogenhändlern, die ähnliche Interessenslagen vertraten. Sie entwickelten sich jedoch schon bald zu stramm organisierten, paramilitärischen Verbänden.⁴ Die politische Führung sah sich gezwungen, auf diese Ereignisse endgültig adäquat zu reagieren und es kam zu einem Auslaufen der Zeit der Frente Nacional. Um die politische Macht neu zu verteilen und Akteure wie die Guerillagruppierungen M-19 aus der Illegalität zu holen, sollte eine neue Verfassung geschaffen werden. Die Regierung versuchte mit der Schaffung einer neuen Verfassung im Jahr 1991 sowohl auf historisch bedingte Problemkreise wie das liberal-konservative Machtkartell zu reagieren als auch die neuen Konflikte zu lösen. Dem voran gingen langjährige Friedensverhandlungen mit den Konfliktparteien. Jahrzehnte vor den aktuellen Friedensbemühungen gab es in Kolumbien immer wieder Versuche, den bewaffneten Konflikt endgültig zu lösen.

Die Versuche, dem Land langfristig Frieden zu beschern, sind fast schon so alt wie der Konflikt selbst: Der Friedensdialog zur Wiedereingliederung der Guerillaverbände in das staatliche Sys-

tem und der Umschwung zum Mehrparteiensystem hatten bereits zu Zeiten der Präsidentschaft von Belisario Betancur, 1982 bis 1986, begonnen. Er vertrat das Konzept des nationalen Dialogs, eine auf Versöhnung und Dialog mit der Guerilla ausgerichtete Politik. Fortgesetzt wurde diese Politik von Präsident Virigilo Barco, 1986 bis 1990. Nach jahrelangen Verhandlungen zeigten mehrere Guerillaverbände, darunter die EPL, M-19 und die Quintin Lamé, ihre Bereitschaft, sich wieder in das System einzufügen – unter der Bedingung einer umfassenden Staatsreform. Die M-19 erklärte sich schließlich bereit, die Waffen niederzulegen und die Regierung ihrerseits, einen Prozess der Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft einzuleiten. Trotz mehrerer Zwischenfälle hielten beide Parteien an ihrer Absicht fest. Die M-19 begann schließlich mit dem Aufbau einer legalen politischen Partei, der Alianza Democrática M-19.⁵ Die neue Verfassung entstand in einer Stimmung des Aufbruchs, die Bevölkerung hatte nach langem wieder das Gefühl, am politischen Geschehen aktiv teilnehmen zu können. Nach der Wahl der so genannten Constituyente, der verfassungsgebenden Versammlung, im Mai 1990 konnte die neue Verfassung der Öffentlichkeit schließlich am 4. Juli 1991 vorgelegt werden⁶. Die verfassungsgebende Versammlung reformierte unter weit reichender Beteiligung ehemaliger Guerilleros (26 % der Stimmen bei den Wahlen zur Constituyente für die M-19) die staatlichen Institutionen.⁷

Trotz deutlicher Verbesserungen in der neuen Verfassung, insbesondere für Indigene und Afrokolumbianer, sowie Legalisierung der M-19, blieb der dauerhafte Frieden in Kolumbien aus. Guerillagruppierungen, allen voran die FARC und die ELN (Ejército de Liberación Nacional) waren weiterhin, insbesondere im Hinterland, tätig. Anstelle einer Klärung des

Konfliktes nach Annahme der neuen Verfassung ist das Gegenteil eingetreten: Der Aktionsradius der bewaffneten Akteure hat sich ausgebreitet, die politischen Ziele von einst haben sich mit finanziellen Interessen aller Beteiligten vermischt. Sowohl Guerilla als auch Paramilitär wurden Entführungen, Terror und Verwicklungen in den Drogenhandel vorgeworfen.⁸

Genau vor solchen Folgen haben Kritiker des aktuellen Friedensprozesses in Kolumbien Angst. Bisher sind alle Versuche gescheitert; wohl gilt es aber hervorzuheben, dass die Beteiligung der internationalen Gemeinschaft nie so stark war wie jetzt. Somit könnte der Schlüssel im Handeln mit den internationalen Partnern liegen; dies war auch in den letzten Monaten die große Hoffnung in Kolumbien. Dennoch ist die Situation nach dem negativen Ausgang der Volksabstimmung am 2. Oktober 2016 weiter kritisch. Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien gilt mittlerweile als der am längsten andauernde Konflikt in Lateinamerika und weist immer wieder neue Gewaltakteure und Profiteure auf.⁹

Neben internen Akteuren sind von dem Konflikt in (und im Zusammenhang mit dem Drogenhandel „um“) Kolumbien auch immer wieder dessen Nachbarstaaten, allen voran Venezuela und Ecuador, betroffen bzw. direkt oder indirekt darin involviert. Auch den USA, dem historischen Verbündeten der kolumbianischen Regierungen in den letzten Dekaden, wird eine entscheidende Rolle zugesagt und (große) Mitschuld am Debakel in Kolumbien vorgeworfen.¹⁰ Die kolumbianische Regierung des ehemaligen Präsidenten Alvaro Uribe Velez leitete eine Kehrtwende ein, bemühte sich als erste Regierung nicht um eine Aussöhnung mit der Guerilla, sondern mit dem Paramilitär und ging militärisch härter denn je gegen die Guerilla vor. Es wurden in diesem Zusammenhang sowohl militärische als auch rechtliche Initiativen

gestartet, um eine Reduktion der Gewalt und der illegalen bewaffneten Akteure zu erreichen. Im Jahr 2005 begannen mit der Verabschiedung des „Gesetzes für Gerechtigkeit und Frieden“, der Ley de Justicia y Paz¹¹, erneut intensive Anstrengungen, den bewaffneten Konflikt zu beenden, wie ausgeführt diesmal allerdings beginnend mit dem Paramilitär. Das Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden war auch in der Tat erfolgreich und setzte einen Demobilisierungsprozess der paramilitärischen AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) in Gang.

Mitglieder des Paramilitärs, die freiwillig die Waffen niederlegen, bekommen gemäß der Ley de Justicia y Paz deutlich mildere Strafen, wenn sie zur Aufklärung der von der AUC begangenen Verbrechen beitragen, der Gewalt abschwören und ihr Vermögen zwecks Opferentschädigung offenlegen. Im Rahmen der Demobilisierung der AUC wurden zahlreiche Verbindungen von Politikern zur AUC aufgedeckt. Gleichzeitig wurde intensiv gegen die FARC Guerilla vorgegangen, jedoch militärisch, nicht am Verhandlungstisch. Dieses Vorgehen wurde in der aktuellen Kampagne von den Anhängern des „Nein“ zum Friedensabkommen der Regierung Santos mit der FARC-Guerilla stark in Erinnerung gerufen und der ehemalige Präsident Uribe zur Gallionsfigur erklärt.

Im März 2008 kamen die zu diesem Zeitpunkt wichtigsten Führer der FARC ums Leben, der jahrzehntelange Führer der FARC, Manuel Marulanda, sowie der operationelle Leiter der FARC, Raul Reyes, der bei einem Angriff des kolumbianischen Militärs auf ein FARC-Lager auf ecuadorianischem Staatsgebiet getötet wurde. Dieser, ohne die vorherige Genehmigung Ecuadors, erfolgte militärische Einsatz der kolumbianischen Regierung verschlechterte das ohnehin schon angespannte Verhältnis Kolumbiens zu

Ecuador und Venezuela noch weiter. Der damalige venezolanische Präsident Hugo Chavez Frías und der ecuadorianische Präsident Rafael Correa wurden in diesem Zusammenhang von der kolumbianischen Regierung beschuldigt, die FARC zu unterstützen und so den kolumbianischen Friedensprozess zu unterlaufen.¹² Im Zuge der Auswertungen des nach der Tötung von Raul Reyes sichergestellten Materials konnten neben Verbindungen zu den Regierungen von Ecuador und Venezuela¹³ auch Kontakte der FARC zur spanischen ETA¹⁴ nachgewiesen werden.¹⁵ Von vielen Anhängern des „No“ werden diese militärischen Erfolge bis heute gefeiert und als einzig probates Mittel gegen die Guerilla gesehen. Wobei sich auch das „No“-Lager in mehrere Sub-Gruppen spaltete. Einige besonders treue Anhänger der Politik von Uribe wünschen sich bis heute eine militärische Niederlage der FARC; die meisten ziehen allerdings ein neues Friedensabkommen mit stärkeren Einschränkungen der FARC vor, als im aktuellen Verhandlungstext.

Seit dem 7. August 2010 wird Kolumbien vom ehemaligen Verteidigungsminister unter Uribe Velez, Juan Manuel Santos, regiert.¹⁶ Von den Anhängern Uribes wird Santos als „Verräter“ gehandelt, da er die Politik Uribe Velez’ „entgegen seinem Wahlversprechen“ nicht fortgesetzt hat, sondern kurz nach Amtsantritt bereits eine diplomatische Lösung des bewaffneten Konflikts unter internationaler Beteiligung gesucht hat. Santos hat sich seit Anbeginn seines Amtes intensiv für den Frieden im Land eingesetzt und die FARC an den Verhandlungstisch in Havanna gebracht.

2. VERHANDLUNGEN IN HAVANNA UNTER EUROPÄISCHER BETEILIGUNG

Nach anfänglich informellen Gesprächen mit der FARC Guerilla begann die Re-

gierung Santos in ihrem zweiten Jahr im Amt am 18. Oktober 2012 erste formelle Friedensgespräche mit den FARC in Oslo. Mit der wesentlich kleineren und ins Hinterland gedrängten ELN-Guerilla konnten hingegen mangels Verhandlungsbereitschaft ihrerseits nie formelle Gespräche aufgenommen werden. Der Friedensprozess war seit Anbeginn von internationaler Beteiligung und dem Bemühen um ein möglichst neutrales Verhandlungsklima getragen. Von 19. November 2012 bis 26. September 2016 wurden die Gespräche in Havanna, Kuba, weitergeführt. Norwegen, Kuba, Chile und Venezuela fungierten hierbei als internationale Garanten und begleiteten den Friedensprozess seit den ersten Gesprächen.

Mit Fortschreiten der Verhandlungen verstärkte sich auch die Beteiligung der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Im Mai 2016 erklärte die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, die EU habe „den laufenden Friedensprozess von Beginn an unterstützt. Sie wird Kolumbien auch in der Zeit nach dem Konflikt aktiv begleiten. Ein stabiler Frieden kann nur erreicht werden, wenn das endgültige Friedensabkommen wirksam umgesetzt wird. Die EU verfügt über umfangreiche Erfahrungen bei der Friedenskonsolidierung und wir sind entschlossen, Kolumbien, einem engen Partner und Verbündeten, in seinem Streben nach dauerhaftem Frieden und neuen Chancen für alle Kolumbianer beizustehen“.¹⁷ Sowohl die Vereinten Nationen als auch die Europäische Union haben jeweils millionenschwere Hilfsfonds eingerichtet, um Kolumbien in der Post-Konfliktphase auch finanziell zu unterstützen. Die Europäische Union unterstützte außerdem mit der Entsendung des irischen Sondergesandten Eamon Gilmore den Verhandlungsverlauf in Havanna und erklärte Kolumbien zu einem strategischen

Partner. Von EU-Seite wurden Kolumbien 18 Millionen Euro aus den Mitteln des EU-Treuhandfonds und des Instruments für Stabilität und Frieden zur Unterstützung des Krisenbewältigungsplans der kolumbianischen Regierung zugesagt. Außerdem wurden 67 Millionen Euro für die laufende Zusammenarbeit für den Zeitraum 2014–2017 budgetiert. Das Paket umfasst sowohl kurz- als auch mittelfristig angelegte Maßnahmen in Form von technischer Hilfe, Zuschüssen und Darlehen, die nach Unterzeichnung des endgültigen Friedensabkommens bereitgestellt werden sollen. Daneben wurde ein Kolumbien-Fonds eingerichtet, in den die Kommission und bereits zehn Mitgliedstaaten die Einzahlung von insgesamt 90 Millionen Euro zugesichert haben. Die EIB (Europäische Investitionsbank) hat ein Darlehenspaket in Höhe von 400 Millionen Euro an die vom Treuhandfonds finanzierten Maßnahmen geknüpft. Seitens der Mitgliedstaaten haben sich insbesondere Irland, Italien, die Niederlande, Spanien und Schweden seit Gründung des Fonds federführend beteiligt.¹⁸ Weitere Mitgliedstaaten haben der Kommission in der Folge ihre Unterstützung zugesichert.

Laut EU-Kommissar für internationale Zusammenarbeit, Neven Mimica, sendet die EU damit „ein klares Signal ihres fortwährenden und wachsenden Engagements gegenüber Kolumbien. Dies gilt sowohl kurzfristig bei der Förderung von Frieden in den Konfliktregionen als auch langfristig bei der Unterstützung eines dauerhaften und nachhaltigen Friedens in diesem Land“.¹⁹

Die FARC-Guerilla versprach – mit einigen Unterbrechungen, die jeweils zu Rückschlägen der Verhandlungen führten – seit dem Beginn der Gespräche in Kuba einen einseitigen Waffenstillstand und versuchte, die Regierung von einem beiderseitigen Waffenstillstand zu überzeugen. Seitens

der Regierung waren jedoch, insbesondere wegen mehrmaliger Unterbrechung des einseitigen Waffenstillstandes, bis zum Ende der Verhandlungen die Sicherheitsbedenken zu groß, um einen beidseitigen Waffenstillstand zusagen zu können. Zentrale Themenblöcke bei den Verhandlungen waren die Wahrheitsfindung und die Entschädigung der Opfer, die Landreform, Demokratisierung, die Lösung des illegalen Drogenanbaus und Drogenhandels, die politische Eingliederung der Guerilla und die Verfolgung der von der Guerilla verübten Straftaten sowie die Beteiligung des kolumbianischen Volkes am Friedensprozess und dessen Zustimmung zum Abkommen. Erst am 29. August 2016 war soweit Einigung in allen zentralen Themen erreicht und die Sicherheitslage so deutlich verbessert, dass die Regierung schließlich einem beidseitigen Waffenstillstand zustimmen konnte. Die FARC-Guerilla reagierte euphorisch.

Danach ging es Schlag auf Schlag: Im Rahmen der UNO-Generalversammlung in New York Ende September 2016 übergab Präsident Santos dem UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, den finalen Text des Friedensabkommens. Santos präsentierte der Welt „ein neues Kolumbien, auf seinem Weg zum Frieden“. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik sagte die Unterstützung der EU bei der UN-Aufsicht zur Einhaltung des Abkommens zu. Während dieser Erfolg international gefeiert wurde, reagierte das kolumbianische Volk verhalten. Zu groß war im „Ja-Lager“ die Angst, es könne wieder in letzter Sekunde etwas dazwischen kommen und seitens der Gegner des Abkommens wurden schon zu diesem Zeitpunkt alle Kanäle sozialer Medien genützt, um gegen Santos mobil zu machen.

Am 26. September 2016 wurde der finale Text des Friedensabkommens unter dem Beisein zahlreicher internationaler Staatsgäste, darunter der EU-Sondergesandte Eamon Gilmore,²⁰ unterzeichnet. Am 27. September 2016 beschloss der Rat mittels Verordnung (EU) 2016/1710²¹ die Anwendung der restriktiven Maßnahmen der EU gegen FARC auszusetzen. Mit dieser Änderung der „EU-Terrorismus Verordnung“²² kam der Rat der Europäischen Union einer langjährigen Forderung der FARC nach und setzte die Verpflichtung zum Einfrieren der Vermögenswerte der FARC und das Verbot der Bereitstellung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen an sie aus. Die FARC gelten somit aus EU-Sicht nicht mehr länger als terroristische Organisation.

3. ABLEHNUNG DES FRIEDENS- VERTRAGS

Die Entscheidung mit knapper Mehrheit von 50,25 % der 12,8 Millionen an der Wahl teilnehmenden Kolumbianer löste im ersten Moment Ratlosigkeit in Kolumbien aus. Nur 40 % der Wahlberechtigten nahmen an der Volksabstimmung teil.²³ Kolumbien stand unter Schock; trotz intensiver Kampagnen für das „No“, insbesondere in der Küstenregion und Antioquia, rechnete niemand so wirklich mit einem negativen Ausgang der Volksabstimmung. Bereits zu Beginn des Wahltages wetterten Anhänger des „No“ auf Social Media-Plattformen wie Facebook, heute sei „ein schwarzer Tag, die Regierung werde das Wahlergebnis sicherlich so lange manipulieren bis die Ja-Stimmen überwiegen“. Das finale Ergebnis kam für alle, trotz intensiver Kampagnen auf beiden Seiten, überraschend. Während die Gegner des Friedensabkommens in Freudentaumel verfielen und das Wahlergebnis feierten, waren die Befürworter bestürzt. Angst, eine neue Welle der Gewalt könne folgen, machte sich breit.

Alle warteten gespannt auf die Reaktionen der Regierung, der FARC-Führung und der internationalen Gemeinschaft.

Das „No“ führt innen- und außenpolitisch zu einer schwierigen Situation, auch wirtschaftlich sieht es in Kolumbien plötzlich nicht mehr so rosig aus. Von der Postkonfliktphase versprach man sich neben internationaler Hilfe auch zahlreiche Privatinvestitionen und eine generelle Ankurbelung der kolumbianischen Wirtschaft; diese steht nun in ungreifbarer Ferne. Die internationalen Märkte reagierten kritisch auf die Ablehnung des Friedensvertrages; dem kolumbianischen Peso droht, abhängig von den weiteren politischen und wirtschaftlichen Vorkommnissen, in den nächsten Monaten eine weitere Talfahrt im Vergleich zum Dollar und zum Euro. Die Debatten rund um den Friedensprozess wurden in Kolumbien äußerst emotional geführt. Die Anhänger des „Nein“ führten einen zutiefst vergangenheitssträchtigen und kaum zukunftsorientierten Diskurs. 270.000 Tote und mehr als sieben Millionen Binnenvertriebene wurden gebetsmühlenartig erinnert, Bilder von Massakern der FARC in den letzten Jahrzehnten auf Social Media Plattformen gepostet. Die Regierung unterschätzte dabei den Einfluss von neuen Medien. Während Facebook von den Gegnern des Friedensabkommens stark genutzt wurde und mehrmals täglich neue Posts erschienen, reagierte die Regierung darauf kaum. Die Regierung setzte stärker auf traditionelle Werbemethoden und übersah damit einen wichtigen Kanal.

Während in der Hauptstadt Bogotá die Ja-Stimmung dominiert und heftig für den Frieden geworben wurde, setzte sich in den ländlichen Regionen, die teils stark vom bewaffneten Konflikt betroffen wurden, aber zum Teil gleichzeitig auch stark mit dem Paramilitär sympathisierten, das „Nein“ durch. In einigen dieser Gebiete dominieren bis zum heutigen Tage Banden

am Rande der Legalität, die das Erbe des Paramilitärs angetreten haben, den Alltag. Die Anhänger des „No“ vertreten die Ansicht, man dürfe der Guerilla nicht das „Land übergeben“ und die Regierung mache genau dies mit dem Friedensvertrag. Die Zugeständnisse der Regierung an die FARC wurden sehr negativ bewertet, insbesondere die Pläne, der FARC politische Posten im Senat und im Repräsentantenhaus ohne vorherige Wahl zu übergeben. Auch die großzügigen Zugeständnisse bei der Strafverfolgung wurden negativ gesehen. Große Fähigkeit zu verzeihen und auch einen „nicht perfekten“ Frieden hinzunehmen zeigten hingegen die Opfer. Sämtliche Opfervertreter sprachen sich für den Frieden aus, was einen besonders schalen Nachgeschmack der Abstimmung bereitet. So fühlen sich die Opfer des Konfliktes vom Wahlergebnis und der Denkweise ihrer Landsleute teilweise hintergangen; in jenen Teilen des Landes, wo besonders grausame Massaker stattgefunden haben und der bewaffnete Konflikt die verheerendsten Schäden angerichtet hat, stimmte die Bevölkerung nämlich mit großer Mehrheit mit „Ja“ und war auf Frieden eingestellt. Vergebung und der Blick in die Zukunft waren hier für die Entscheidungstreffung ausschlaggebend. Vielen Kolumbianern kam die „Gerechtigkeit“ im Abkommen jedoch zu kurz und sie entschieden sich gegen den von Santos propagierten Frieden und wollen einen besseren, nicht so großzügigen Verhandlungstext. Aktuell hoffen Vertreter beider Lager auf Neuverhandlungen.

Entgegen der Befürchtungen vieler Kolumbianer reagierte die internationale Gemeinschaft prompt und sicherte weiterhin ihre Unterstützung zu. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union erklärte am 3. Oktober 2016, die Europäische Union

respektiere die Entscheidung des kolumbianischen Volkes; jetzt liege es an allen Beteiligten in Kolumbien, sich zusammenzuschließen und gemeinsam den Weg zum Frieden zu finden. Die EU habe Kolumbien seit Beginn der Verhandlungen konsequent unterstützt und werde dies auch weiterhin tun. Kolumbien sei einer der stärksten Verbündeten der Union in Lateinamerika und die EU stünde weiterhin hinter dieser Partnerschaft.²⁴ Auch das Nobelpreiskomitee in Oslo ließ nicht lange auf sich warten: Am 7. Oktober 2016 wurde Präsident Juan Manuel Santos für seine Bemühungen um den Frieden in Kolumbien mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die Vorsitzende des Komitees, Kaci Kullmann Five, sagte in ihrer Erklärung zur Vergabe des Nobelpreises, nicht nur Präsident Juan Manuel Santos werde für seine Bemühungen geehrt, sondern auch die kolumbianische Bevölkerung, die die Hoffnung auf Frieden nicht aufgegeben habe. Trotz der gescheiterten Volksabstimmung habe Präsident Santos den blutigen Konflikt einer friedlichen Einigung wesentlich näher gebracht. Die Grundlage sowohl für eine nachweisliche Entwaffnung der FARC-Rebellen als auch für den historischen Prozess der nationalen Versöhnung sei gelegt. Das Nobelpreiskomitee möchte somit mit der Vergabe des Preises auf den Prozess einwirken, damit der Friedensprozess nicht stagniere und der Konflikt zurückkehre. Die Verleihung des Friedensnobelpreises soll all diejenigen ermutigen, die „Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit in Kolumbien“ anstreben.²⁵

Nach Experteneinschätzung war das Land „bisher auf einem guten Weg, sei es der Weg in Richtung OECD-Mitgliedschaft oder die Beteiligung/Einbindung in internationale Missionen der UNO“. [...] Kolumbien werde „mit dem Ruf leben müssen das Land zu sein, das den Frieden ablehnte. Das wird sich aller Voraussicht

nach auch auf die Investitionen aus dem Ausland auswirken. Investoren dürften zunehmend nach Peru oder die anderen Länder der Pazifikallianz, sprich Mexiko und Chile, ausweichen. Und auch Argentinien dürfte nach dem Machtwechsel zunehmend ein Konkurrent werden, wenn es um zukünftige Investitionen geht. Aber am schlimmsten dürfte das Ergebnis wohl für die jüngere Generation und die gesellschaftlichen Gruppen in Kolumbien sein, die das Friedensabkommen mit der FARC auch mit Reformen zur Modernisierung des Landes verbunden haben. Chancengerechtigkeit, Inklusion, Entwicklung der ländlichen Regionen, Rückgabe von Land an Millionen von Binnenvertriebenen – das alles wird jetzt wahrscheinlich wieder auf die lange Bank geschoben werden“.²⁶

Was vorerst blieb war Frustration auf allen Seiten. Zweifelsohne hatte das Land eine wichtige Chance vertan. Die Erfahrungen in der Volksabstimmung haben gezeigt, dass zwei politische Größen, wie Santos und Uribe, das Land zu spalten vermögen und keiner der beiden eine breite Mehrheit stellen kann. Eine Niederlage mit 49,8 % ist äußerst unzufriedenstellend und ein „Sieg“ mit 50,2 % zu knapp, um Ruhe im Land einkehren zu lassen. Alle politischen Lager müssen sich notgedrungen einigen, um Kolumbien tatsächlich in eine friedliche Zukunft zu führen. Zumindest rechtlich ist der Frieden dennoch gelungen – entgegen Protesten der Opposition und entgegen der Volksabstimmung. Präsident Santos und die Rebellen nahmen unmittelbar nach dem negativen Ausgang der Abstimmung die Verhandlungen wieder auf und adaptierten einige Passagen. Das neue Abkommen wurde nur noch dem Parlament vorgelegt. Eine neuerliche Volksabstimmung lehnte der Präsident trotz heftiger Einwände der Opposi-

tion ab, da sie nur noch zu einer weiteren Spaltung des Landes führe. Gravierende Änderungen hat es in der neuen Fassung nicht gegeben. Die von der Opposition und den Gegnern der Abstimmung kritisierten Passagen sind nach wie vor im Text enthalten. Doch laut Präsident Santos gingen der Waffenstillstand und die allgemeine Sicherheitslage vor.²⁷ Den FARC wurden nun tatsächlich bis 2026 zehn Mandate im Kongress zugesichert und sie dürfen bei Wahlen als politische Partei antreten. Das kolumbianische Verfassungsgericht billigte dieses Vorgehen am 13. Dezember 2016 mit acht zu eins Richterstimmen.²⁸ Der so genannte „fast track“ gibt der Regierung und dem Kongress Sondervollmachten, um das Abkommen doch noch durchzusetzen. Senat und Kongress erteilten dem Abkommen sodann einstimmig ihre Zustimmung.²⁹ Wohl auf Grund des negativen Ausgangs der Volksabstimmung nahm man das Ergebnis in Kolumbien stillschweigend zur Kenntnis. Neuerliche Diskussionen wurden tunlichst vermieden und nun wird daran gearbeitet, den Frieden vom Papier in die Realität zu übertragen. Offen bleiben auch die Verhandlungen mit der zweitgrößten Guerilla Organisation, der Nationalen Befreiungsarmee (ELN). Die Regierung Santos gab zuletzt dazu bekannt, dass die ELN am 10. Januar 2017 wieder aufgenommen werden sollen.

Auch aus EU-Sicht wäre ein baldiger Frieden in Kolumbien wünschenswert. Kolumbien ist ein wichtiger Handelspartner der Union und Eingangstor zu Lateinamerika. Stabilität in der Region würde nicht nur zu einer Abnahme der internationalen Krisenherde führen, sondern der Union auch einen verlässlichen, strategischen Partner in Südamerika bieten.

- ¹ Vgl. Waldmann 1999, 260 ff.
- ² Vgl. Drekonja-Kornat 2003, 7.
- ³ Vgl. Zelik 2001.
- ⁴ Vgl. Waldmann 1999, 273 f.
- ⁵ Vgl. Hörtnner 2006, 164 ff.
- ⁶ Vgl. ebd., 165 ff sowie *Constitución Política de Colombia 1991*, 7 ff.
- ⁷ Vgl. Springer 2003.
- ⁸ Vgl. Zelik 2001.
- ⁹ Vgl. Härtl 2011, 3.
- ¹⁰ Zur Rolle der USA siehe beispielsweise Lessmann 2003.
- ¹¹ Vgl. *Republica de Colombia, Ley 975 de 2005 por la cual se dictan disposiciones para la reincorporación de miembros de grupos armados organizados al margen de la ley, que contribuyan de manera efectiva a la consecución de la paz nacional y se dictan otras disposiciones para acuerdos humanitarios*.
- ¹² Vgl. *Libertad Digital, Denuncian que Chávez financia a terroristas de ETA, FARC, Hamas y Hezbolá, Bericht vom 24. Juli 2008, Online: <http://www.libertad-digital.com/mundo/denuncian-a-chavez-por-dar-financiamiento-a-terroristas-de-eta-farc-hamas-y-hezbollah-1276335348/>*.
- ¹³ Vgl. *El Mundo, Pastrana: el ordenador de Reyes prueba „por primera vez“ la relación ETA-FARC – Cree que Chávez pide el fin de de las FARC porque hay información que los relaciona, Bericht vom 11. Juni 2008, Online: <http://www.elmundo.es/elmundo/2008/06/11/espana/1213176173.html>*.
- ¹⁴ *ETA – Euskadi Ta Askatasuna, baskisch für Baskenland und Freiheit. Eine marxistisch-leninistische, separatistische baskisch-nationalistische Untergrundorganisation*.
- ¹⁵ Vgl. *Interview mit dem spanischen Staatsanwalt Javier Zaragoza in der spanischen Tageszeitung El Espectador; 115 E-Mails, die auf dem beschlagnahmten Computer des ermordeten Guerilla-Führers Raúl Reyes festgestellt werden konnten, bewiesen Besuche einiger Angehöriger der ETA bei den FARC. El Espectador, Fiscal español confirma reuniones de Eta y FARC, Bericht vom 25. Juli 2008, Online: <http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo-fiscal-espanol-confirma-reuniones-de-eta-y-farc>*.
- ¹⁶ Vgl. *Pagina Oficial de Juan Manuel Santos. Posicion Presidente Santos, Online: <http://www.santospresidente.com/index.asp>*.
- ¹⁷ Vgl. *Europäische Kommission, Presse, EU unterstützt Kolumbien mit 575 Millionen Euro, Online: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-unterstuetzt-friedensprozess-kolumbien-mit-575-millionen-euro_de*.
- ¹⁸ Vgl. *Umsetzungsbeschluss der Europäischen Kommission zur Einrichtung eines Fonds für Kolumbien, C(2016) 1653 final, EG 13, Online: http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/commission-implementing-decision-2016-1653-v3-842263_en.pdf*.
- ¹⁹ Vgl. *Europäische Kommission, Presse, EU unterstützt Kolumbien mit 575 Millionen Euro, Online: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-unterstuetzt-friedensprozess-kolumbien-mit-575-millionen-euro_de*.
- ²⁰ Vgl. *Enviado Especial de la UE para la paz en Colombia, Eamon Gilmore, llega al país para asistir a la firma del Acuerdo de Paz en Cartagena, Online: http://eeas.europa.eu/delegations/colombia/press_corner/all_news/news/2016/20160924_es.htm*.
- ²¹ Vgl. *Amtsblatt der Europäischen Union L 259 I/1, Verordnung (EU) 2016/1710 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus*.
- ²² Vgl. *Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus*.
- ²³ Vgl. *El Pais, Proceso de Paz en Colombia, Así han sido los resultados del plebiscito en Colombia, Online: http://internacional.elpais.com/internacional/2016/10/02/colombia/1475372741_072614.html*.
- ²⁴ Vgl. *Declaración de la Alta Representante de la Unión Europea y Vicepresidenta, Federica Mogherini, sobre el resultado del plebiscito por el Acuerdo de Paz en Colombia, Online: <http://www.elspectador.com/noticias/judicial/articulo-fiscal-espanol-confirma-reuniones-de-eta-y-farc>*.

eeas.europa.eu/delegations/colombia/press_corner/all_news/news/2016/20161003_es.htm.

²⁵ Vgl. *The Nobel Peace Prize for 2016*, Online: https://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2016/press.html.

²⁶ Vgl. Gehring/Cuervo 2016.

²⁷ Vgl. Taz, *Friedensprozess in Kolumbien, Vertrag ohne erneute Abstimmung*, Online: <https://www.taz.de/Friedensprozess-in-Kolumbien/!5360180/>.

²⁸ Corte Constitucional de Colombia, 13.12.2016, Comunicado Nr. 52, Online: <http://www.eltiempo.com/contenido/politica/justicia/ARCHIVO/ARCHIVO-16772391-0.pdf>.

²⁹ 24.11.2016, *Endgültige Fassung des Friedensabkommens*, Online: <https://www.mesadeconversaciones.com.co/sites/default/files/24-1480106030.11-1480106030.2016nuevoacuerdofinal-1480106030.pdf>.

Quellenangaben

Constitución Política de Colombia (1991). Prólogo, Bogota.

Drekonja-Kornat, Gerhard (2003). *Kolumbien zwischen Krieg und Frieden*, Wien.

Gehring, Hubert/Cuervo, Margarita (2016). *Angst vor Veränderung. Kolumbianer lehnen Friedensvertrag mit FARC ab*, Konrad Adenauer Stiftung, Online: <http://www.kas.de/kolumbien/de/publications/46564/> (08.10.2016).

Härtl, Daniela (2011). *Kolumbien zwischen Gewalt und Hoffnung, Analytische Betrachtungen und Eindrücke vor Ort*, Online: http://www.oii.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Newsletter/Kolumbien_Report.pdf (07.10.2016).

Hörtner, Werner (2006). *Kolumbien verstehen*, Zürich.

Lessmann, Robert (2003). *Kolumbien zwischen Krieg und Frieden*, in: Hazdra, Peter et al. *Narco Guerilla und die Rolle der USA*, Online: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/09_kkf_05_ngr.pdf (07.10.2016).

Springer, Alexander (2003). „Es gibt hier nichts zu richten ...“. *Möglichkeiten und Grenzen des Rechtsstaates in Kolumbien*, Wien.

Waldmann, Peter (1999). *Veralltäglicung von Gewalt – Das Beispiel Kolumbien*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*.

Zelik, Raul (2001). *Bewaffneter Kampf in Kolumbien – keine andere Wahl? Warum die kolumbianischen Guerillas trotz aller Krisen weiter wachsen*, Online: <http://www.raulzelik.net/kolumbien-artikel-essays-wissenschaftliches/197-bewaffneter-kampf-kolumbien-keine-andere-wahl> (07.08.2016).

http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/commission-implementing-decision-2016-1653-v3-842263_en.pdf (08.10.2016).

http://eeas.europa.eu/delegations/colombia/press_corner/all_news/news/2016/20160924_es.htm (08.10.2016).

http://eeas.europa.eu/delegations/colombia/press_corner/all_news/news/2016/20161003_es.htm (08.10.2016).

http://internacional.elpais.com/internacional/2016/10/02/colombia/1475372741_072614.html.

<http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo-fiscal-espanol-confirma-reuniones-de-eta-y-farc> (21.02.2016).

<http://www.elmundo.es/elmundo/2008/06/11/espana/1213176173.html> (07.10.2016).

<http://www.eltiempo.com/contenido/politica/justicia/ARCHIVO/ARCHIVO-16772391-0.pdf>.

<http://www.libertaddigital.com/mundo/denuncian-a-chavez-por-dar-financiamiento-a-terroristas-de-eta-farc-hamas-y-hezbollah-1276335348/> (07.10.2016).

<http://www.santospresidente.com/index.asp> (07.10.2016).

https://ec.europa.eu/germany/news/eu-unterstuetzt-friedensprozess-kolumbien-mit-575-millionen-euro_de (08.10.2016).

<https://www.mesadeconversaciones.com.co/sites/default/files/24-1480106030.11-1480106030.2016nuevoacuerdofinal-1480106030.pdf>.

https://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2016/press.html (08.10.2016).

<https://www.taz.de/Friedensprozess-in-Kolumbien/!5360180/>.